

Jörg Rumpf

Plattformen gewerkschaftlicher Europapolitik: IG Metall und IG CPK und der Prozess der europäischen Integration in den 1960er und 1970er Jahren

Die europäische Integration ist zweifelsfrei eine der bedeutendsten zwischenstaatlichen Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Beginnend mit dem supranationalen Vertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahre 1952 bis zum In-Kraft-Treten des Reformvertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 durchlief die europäische Integration mit zahlreichen Vertragsrevisionen Phasen verschiedener Intensität, die auf unterschiedliche innere und äußere Einflüsse zurückzuführen sind. Letztendlich hat sich die Europäische Union zum bisher weltweit größten transnationalen Wirtschaftsraum entwickelt.¹ Von anfänglichen Ausnahmen abgesehen wurde der Integrationsprozess in der Bundesrepublik Deutschland von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sowie von den großen Parteien einheitlich befürwortet. Obwohl die soziale Dimension des Vertragswerkes aus gewerkschaftlicher Sicht zu wünschen übrig ließ, befürworteten die betroffenen Industriegewerkschaften und der Dachverband der deutschen Gewerkschaften den Montanunionsvertrag als „Keimzelle“ der europäischen Integration im Großen und Ganzen.² Die Entwicklung der EGKS zur modernen Europäischen Union (EU) indes vollzog sich nur in begrenztem Rahmen im Einklang mit gewerkschaftlichen Interessen. Die Frage des europäischen Sozialmodells bleibt bis heute ungeklärt und selbst in der Strategiewahl gewerkschaftlicher Europapolitik sind die Arbeitnehmerorganisationen bis in die Gegenwart uneins.³

Im Zusammenhang mit der Debatte über die soziale Dimension Europas sahen sich die Gewerkschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer wieder mit Ideen zur Harmonisierung der nationalstaatlichen Sozialvorschriften konfrontiert. Für die deutschen Gewerkschaften war damit stets auch die potenzielle Gefahr einer Nivellierung des deutschen Mitbestimmungsrechts verbunden.⁴ Mit dieser „Bedrohung“ wurden auch in den 1960er und 1970er Jahren die hier eingehender beleuchteten Gewerkschaften IG Metall und IG CPK konfrontiert, und dies macht den Blick auf die „europafreundliche“ Gewerkschafts-

- 1 Vgl. Walther Müller-Jentsch/Peter Ittermann: Industrielle Beziehungen. Daten, Zeitreihen, Trends 1950–1999, Frankfurt am Main/New York 2000, S. 228.
- 2 Siehe Josef Kaiser (Bearb.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949 bis 1956, in: Klaus Schönhoven/Hermann Weber (Hg.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Köln 1996, Bd. 11, S. 182.
- 3 Vgl. etwa Andreas Bieler: The struggle for a social Europe. Trade unions and EMU in times of global restructuring, Manchester 2006; Roland Erne: European Unions. Labor's Quest for a Transnational Democracy, Ithaca/London 2008.
- 4 Vgl. Günther Wolfswinkler: Die Europäisierung der Arbeitsmarktpolitik. Grenzen und Effekte transnationaler Politikgestaltung am Beispiel Deutschlands, Baden-Baden 2006.

politik so spannend. In den Fokus rücken dabei die Formen, in der die beiden deutschen Industriegewerkschaften die verschiedenen Plattformen in Europa nutzten, um sowohl die Interessen ihrer Klientel zu vertreten als auch die Strategien, mit denen sie selbst den Einigungsprozess zu beeinflussen suchten. Diese erschöpften sich dabei nicht in der Wahrnehmung der verschiedenen offiziellen gewerkschaftlichen Mandate in Gremien der Europäischen Gemeinschaften (EG), sondern parallel dazu wurden auch stets Bemühungen zur europäischen Zusammenarbeit nationaler Gewerkschaften unternommen. Auf europäischer Ebene werden dann auch die wirklichen Unterschiede in der Europapolitik von IG Metall und IG CPK deutlich. Der Text stützt sich dabei stark auf die Archivbestände der beiden Gewerkschaften, die Ende der 1990er Jahre eingesehen wurden und für diesen Beitrag um aktuelle Recherchen ergänzt wurden.⁵ Dabei erwiesen sich vor allem die Geschäftsberichte als auch die Funktionärspresse als ergiebige Quellen zur Analyse der Formen und Strategien gewerkschaftlicher Europapolitik.⁶

Plattformen gewerkschaftlicher Europapolitik

Die Entwicklung der europäischen Integration vollzog sich in den ersten Jahren nach Inkrafttreten der Römischen Verträge 1957 schneller, als es in der ursprünglichen Planung erwartet war. Dies betraf zumindest den Regelungsbereich des Vertrags zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).⁷ So konnten die Zölle unter den Mitgliedstaaten bereits zum 1. Juli 1968 abgebaut werden. Die Gewerkschaften wurden von den rein ökonomischen Auswirkungen der europäischen Integration jedoch weitaus weniger tangiert. Vielmehr wirkten sich die Veränderungen in den Zusammensetzungen und Rechtsgrundlagen der europäischen Gremien, welche durch die Fusion der drei Exekutiven von EWG, Europäischer Atomgemeinschaft (Euratom) und EGKS bedingt waren, auf die gewerkschaftlichen Einflussmöglichkeiten aus. Aufgrund der neuen Zusammensetzung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, welche nun für alle Verträge gleichsam zuständig war, verringerte sich der Handlungsspielraum der Gewerkschaften. Zeitgleich stagnierte die politische Dimension der Integration: Nach Ablehnung der französischen Pläne zur politischen Union Europas durch die übrigen Mitgliedsländer zog sich Frankreich zurück und entwickelte eine nationale Verteidigungsstruktur, die im Juli 1965 in der „Politik des leeren Stuhls“

- 5 Das IG CPK-Archiv wird mittlerweile im Archiv für soziale Bewegungen (AfsB) in Bochum, das IG Metall-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn aufbewahrt.
- 6 Die vorliegende Darstellung stützt sich primär auf meine Dissertation „Deutsche Industriegewerkschaften und Europäische Gemeinschaften“, eingereicht an der Ruhr-Universität Bochum 2001, digital veröffentlicht unter „Elektronische Dissertationen“ <<http://www-brs.ub.ruhr-uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/RumpfJoerg/diss.pdf>>.
- 7 Vgl. zur hier skizzierten Entwicklung der europäischen Integration die Überblicksdarstellungen von Gerhard Brunn: *Die Europäische Einigung von 1945 bis heute*, Stuttgart 2002; Franz Knipping: *Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas*, München 2004; Jürgen Elvert: *Die europäische Integration*, Darmstadt 2006; Jürgen Mittag: *Kleine Geschichte der Europäischen Union. Von der Europaidée bis zur Gegenwart*, Münster 2008.

gipfelte. Diese Entwicklung löste die bis dahin schwerste politische Krise der Gemeinschaft in den späten 1960er Jahren aus. In dieser ambivalenten Phase der europäischen Integration galt es für IG Metall und IG CPK, die in der frühen EWG-Phase der ausgehenden 1950er Jahre entwickelte Europapolitik zu konsolidieren und weiter zu entwickeln.⁸

Gewerkschaftliche Europapolitik wurde in den 1970er Jahren nicht weniger kompliziert. Wie im Jahrzehnt zuvor versuchten die Gewerkschaften auf unterschiedliche Weise ihren Einfluss zu manifestieren, auch die Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ist in diesen Zusammenhängen von großer Bedeutung.⁹ Aber nicht nur aus gewerkschaftlichem Blickwinkel gesehen waren in den 1970er Jahren Umstände zu erkennen, die das Fortschreiten der europäischen Integration behinderten oder zumindest ambivalent waren. So war u. a. die Ölkrise in der Mitte der 1970er Jahre ein Phänomen, welches die Integration verzögerte, zogen sich die Nationalstaaten doch vermehrt auf nationale Lösungskonzepte für die ökonomische Krise des „Ölpreisschocks“ zurück. Andererseits offenbarten die 1970er Jahre mit der Währungsschlange erste Ansätze einer gemeinsamen Währungspolitik, die 1979 im Europäischen Währungssystem mündete.

Für die Industriegewerkschaften eröffnete der Prozess der europäischen Integration unterschiedliche Plattformen, auf denen IG CPK und IG Metall Einfluss geltend machen konnten. Die IG CPK selbst identifizierte 1960 vier solcher Plattformen:¹⁰

- durch die Mitwirkung in offiziellen Organen der Gemeinschaften
- durch gemeinsame Gewerkschaftspolitik
- durch Einflussnahme auf die nationalen Regierungen, deren Vertreter in europäischen Gremien gewerkschaftliche Forderungen einbringen können
- durch eine aufeinander abgestimmte Tarifpolitik

Die folgende Analyse wird sich auf die ersten beiden Punkte konzentrieren, da sowohl IG CPK als auch IG Metall hier ihre größten Anstrengungen in der Europapolitik unternahmen.

Die Mitarbeit von IG CPK und IG Metall in den offiziellen EG-Gremien

In den offiziellen Organen der Gemeinschaft war seit den Römischen Verträgen ausschließlich im Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) eine gewerkschaftliche Beteiligung festgeschrieben. Angelehnt an die Praxis der Hohen Behörde der Montanunion hatte die IG CPK in Zusammenarbeit mit den anderen deutschen Gewerkschaften die Entsendung eines

- 8 Vgl. hierzu Rumpf: Deutsche Industriegewerkschaften und Europäische Gemeinschaften, Kapitel „Die Europapolitik deutscher Industriegewerkschaften im Vorfeld der Römischen Verträge“.
- 9 Vgl. Werner Oesterheld/Werner Olle: Gewerkschaftliche Internationalisierung in Westeuropa. Zur Entwicklung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), in: Reiner Hoffmann/Emilio Gabaglio (Hg.): Ein offener Prozeß. Elf Versuche über den Europäischen Gewerkschaftsbund, Münster 1998, S. 9–27.
- 10 Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik (Hg.): Geschäftsbericht 1957–1959 zum Gewerkschaftstag in Dortmund vom 26. Juni bis 1. Juli 1960, Hannover 1960, S. 38 (im Folgenden: IG CPK Geschäftsbericht 59).

Gewerkschafters in die Kommission gefordert. Doch der ursprünglich vorgesehene Ludwig Rosenberg wurde von Bundeskanzler Adenauer, trotz vorheriger verbindlicher Zusage, schließlich nicht nominiert.¹¹ Für die weitere Zukunft forderte die IG CPK zumindest ein Anhörungsrecht für die Gewerkschaften in der Kommission. Doch zunächst mussten sich die deutschen Gewerkschaften hauptsächlich auf die Mitarbeit im WSA konzentrieren. Hier hatte die deutsche Delegation 24 Mitglieder zu stellen, die nach den gewerkschaftlichen Vorstellungen paritätisch ausgewählt werden sollten. Jedoch erwies sich dies in der Praxis als politisch nicht durchsetzbar und eine dritte Gruppe, die so genannte „Neutrale Gruppe“, wurde integriert. So bestand die deutsche Abteilung des WSA zu einem Drittel aus Arbeitgebervertretern, einem Drittel Gewerkschaftern und einem Drittel neutraler Personen, letztere zusammengesetzt aus freien Gewerbetreibenden, Bauern, Ärzten usw. Da die Gewerkschaften bei der Benennung der „Neutralen Gruppe“ nur in den Beneluxländern gehört wurden, bestand der WSA in der Realität nur etwa zu einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern. Im Vorfeld des Arbeitsbeginns des WSA zögerte die IG CPK gemeinsam mit den anderen deutschen Gewerkschaften, die Tätigkeit in diesem Gremium aufzunehmen. Bis zur ersten Sitzung wandelte sich die gewerkschaftliche Position, und aufgrund der Wichtigkeit des Arbeitszusammenhanges engagierten sich die IG CPK und ihre Schwesterorganisationen dennoch im WSA. Der Missstand der Besetzung wurde allerdings von Rosenberg auf der ersten Sitzung dargestellt. Besetzt wurde die deutsche Arbeitnehmervertreterabteilung im WSA von sieben Angehörigen der DGB-Gewerkschaften bzw. des DGB selbst und einem Angehörigen der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG). Für die IG CPK und die IG Metall wurden die ersten Vorsitzenden Wilhelm Gefeller und Otto Brenner entsandt.

Der WSA bildete wiederum Fachgruppen, um die anfallende Arbeit zu verteilen und so effektiver zu gestalten. In die Fachgruppen „Atomenergie-Wirtschaftsfragen“ und „Sozialpolitik“ wurde wiederum der IG CPK-Vorsitzende Wilhelm Gefeller gewählt.

Die grundsätzliche Beteiligung der hauptamtlichen IG CPK-Funktionäre in den europäischen Gremien veränderte sich in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren nicht. Der im September 1969 auf dem 8. Ordentlichen Gewerkschaftstag gewählte neue Vorsitzende der IG CPK, Karl Hauenschild, übernahm von seinem Vorgänger Gefeller den Großteil der Ämter auf europäischer Ebene.¹² So wurde Hauenschild 1970 in den WSA berufen und arbeitete in diesem Zusammenhang in den fachlichen Gruppen „Energie“ und „Überseeische Gebiete“ sowie in den Unterausschüssen „Energiepolitik“ und „Umweltschutz“ mit. Auch auf internationaler Ebene übernahm Hauenschild das Amt seines Vorgängers. Auf dem 14. Kongress der Internationalen Föderation der Chemiarbeitergewerkschaften (ICF) vom 22. bis 24. Oktober 1970 in Kopenhagen wurde Hauenschild zum Präsidenten der Internationalen Vereinigung der Chemiarbeitergewerkschaften gewählt.¹³ Auch die perso-

11 IG CPK Geschäftsbericht 59, S. 22.

12 Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik (Hg.): Geschäftsbericht 1969–1971 zum 9. Ordentlichen Gewerkschaftstag in Dortmund vom 17. bis 23. September 1972, Hannover 1972, S. 9 (im Folgenden: IG CPK Geschäftsbericht 72).

13 IG CPK Geschäftsbericht 72, S. 9.

nelle Beteiligung der IG CPK in den verschiedenen europäischen und internationalen Gremien veränderte sich nicht im Vergleich zu den Aktivitäten im Zeitraum vor der Vollendung der Zollunion.¹⁴

Die Berichterstattung der IG CPK in ihrem Geschäftsbericht für die Jahre 1969 bis 1971 hingegen lässt Unterschiede zu den Vorjahren erkennen. So fiel der Themenkomplex „Europa“ nach wie vor in den Zuständigkeitsbereich der Hauptabteilung I „Gesamtleitung und Wirtschaft“ des Vorsitzenden Hauenschild. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten innerhalb Europas wurden allerdings im Abschnitt „Internationale Beziehungen“ des Unterkapitels „Gesamtleitung“ beschrieben und erhielten keinerlei europäisches Stichwort im Inhaltsverzeichnis. Dies kann grundsätzlich als Aufwertung der internationalen, europa-übergreifenden Politik der IG CPK interpretiert werden. Ein Indiz dafür ist, dass Hauenschild in seinem Grundsatzreferat am 21. September 1972 während des 9. Ordentlichen Gewerkschaftstages die zunehmende Konsolidierung der europäischen Gewerkschaften begrüßte, aber explizit darauf hinwies, dass der Europäische Bund Freier Gewerkschaften (EBFG) nicht auf Kosten des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) zu stärken sei.¹⁵

Die IG Metall hatte auf den durch die Römischen Verträge nachhaltig vertieften Integrationsprozess anders als die IG CPK reagieren können, war die Einbindung in die europäische Zusammenarbeit für die IG Metall doch schon erprobte Realität. Die Einbindung in konkrete europapolitische Zusammenhänge erfolgte bereits zu Beginn der 1950er Jahre in den Gremien der EGKS, weswegen die IG Metall keine prinzipiell neue Position zu europäischen Gremien zu erarbeiten brauchte. Vielmehr konnte die Gewerkschaft auf bereits gestaltete Prinzipien zur europäischen Integration zurückgreifen, in dieser Ideologie die neuen Gremien besetzen und ihre europapolitischen Strategien entwickeln. Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen von IG Metall und IG CPK sollten auch den weiteren Verlauf des europapolitischen Engagements beeinflussen.

Doch trotz der Erfahrungen aus der Montanunion stellten die neuen europäischen Institutionen EWG und Euratom auch für die IG Metall unbesetzte Arbeitsfelder dar. Allerdings kritisierte die IG Metall unverzüglich die neuen Gremienstrukturen und deren Mitbestimmungskonzepte vor dem Hintergrund des vergleichbaren Vertrags der EGKS. Hier verfügten die Gewerkschaften über unmittelbare Mitwirkungsmöglichkeiten in der Hohen Behörde. Dies wurde seitens der Gewerkschaften auch für die EWG-Kommission, welche für die EWG zuständig war, gefordert. Diese Forderung konnte allerdings nicht durchgesetzt werden.¹⁶ Insgesamt beurteilte die IG Metall die wirtschaftliche Integration Europas jedoch weiterhin positiv.

14 IG CPK Geschäftsbericht 72, S. 8.

15 Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des 9. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik vom 17. bis 22. September 1972 in Dortmund, Hannover 1972, S. 337.

16 Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Geschäftsbericht 1958/1959 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland an den sechsten Ordentlichen Gewerkschaftstag vom 17. bis 22. Oktober 1960 in Berlin, Frankfurt am Main 1960, S. 55 (im Folgenden: IG Metall Geschäftsbericht 60).

Aus ihrer Perspektive boten sich die Möglichkeit einer beschleunigten Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung und eine verstärkte Nutzung des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts. Kritisch wurde im schriftlichen Geschäftsbericht 1960 darauf hingewiesen, dass die zu erwartenden Strukturänderungen nicht zu Lasten der Arbeitnehmer erfolgen dürften. Ebenso plädierte die IG Metall für einen vernünftigen Interessenausgleich mit Nicht-EWG-Ländern sowie mit den Ländern der Europäischen Freihandelszone (EFTA). In der Funktionärspresse wurde die Möglichkeit einer Spaltung der Wirtschaft Europas in EWG- und Nicht-EWG-Länder skizziert. Die damit entstehende Konkurrenz unter den Wirtschaftsblöcken wurde von der IG Metall als Behinderung des sozialen Fortschritts gewertet. Hintergrund war hier die Auffassung, dass Autarkie und Wirtschaftsprotektionismus niemals Vorteile für die Arbeitnehmerschaft gebracht hätten.¹⁷

Für die konkreten Tätigkeiten in europäischen Gremien wurde während der Gewerkschaftstage besonders die Arbeit im WSA hervorgehoben. In den frühen 1960er Jahren wurde der WSA über Fragen aus den Bereichen Agrar-, Verkehrs- und Energiepolitik, Dienstleistungen und Fragen des Kapitals sowie über die Herstellung der Freizügigkeit und der Kartelle innerhalb der Gemeinschaft konsultiert. Besonders positiv hob die IG Metall hervor, dass Rat und Kommission dem WSA auch in einigen Fällen die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt habe, in denen keine rechtliche Verpflichtung vorlag.¹⁸ Die prinzipielle Kritik am WSA und – in Anlehnung an die rechtlichen Kompetenzen des Beratenden Ausschusses in der Montanunion – auch das Fehlen eines Initiativrechtes wurden jedoch aufrechterhalten. Insbesondere in der ersten Hälfte der 1960er Jahre, in der verstärkt über die Zusammenlegung der Exekutiven der drei Gemeinschaften diskutiert wurde, plädierte die IG Metall für die Übertragung der weiterreichenden Mitbestimmungsstrukturen der Montanunion auf EWG und Euratom.¹⁹ Zusätzlich forderte die IG Metall mit den anderen freien Gewerkschaften ein Mandat in der neu zu errichtenden Exekutive der drei Gemeinschaften. Auch diese Forderung wurde an die bestehenden Strukturen der Hohen Behörde der Montanunion angelehnt.²⁰ Dies blieb unerfüllt, und so kritisierte Otto Brenner während des 8. Gewerkschaftstages der IG Metall in Bremen die bisherige Ablehnung der Kooptierungsregel der Hohen Behörde, nach der ein zusätzliches Mitglied des Gremiums von den Gewerkschaften gestellt wurde.²¹

17 K. H. Friedrichs: Die Gefahren für den Gemeinsamen Markt, in: *Der Gewerkschafter. Zeitschrift für Funktionäre der IG Metall* 11 (1958), S. 8 f.

18 Hauptvorstand der IG Metall (Hg.): *Geschäftsbericht 1960/1961 der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a. M. 1962, S. 56 (im Folgenden: IGM Geschäftsbericht 62).

19 IGM Geschäftsbericht 62, siehe auch: Hauptvorstand der IG Metall (Hg.): *Geschäftsbericht 1962, 1963 und 1964 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a. M. 1965, S. 52 f. (im Folgenden: IG Metall Geschäftsbericht 65).

20 IG Metall Geschäftsbericht 65, S. 53 f.

21 Hauptvorstand der IG Metall (Hg.): *Protokoll des 8. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland in der Stadthalle Bremen vom 6. bis 11. September 1965*, Frankfurt a. M. 1965, S. 216 f. (im Folgenden: IG Metall Protokoll 65).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich auf der Handlungsebene der im direkten Zusammenhang mit den Verträgen stehenden Gremien die Politik von IG CPK und IG Metall bis zum Ende der 1970er Jahre kontinuierlich gestaltete. Hier bildete der WSA als beratendes Gremium der Kommission das wichtigste Handlungsfeld. Die beiden Gewerkschaften IG Metall und IG CPK waren über den gesamten Zeitraum – trotz prinzipieller Kritik, insbesondere der IG Metall – in diesen Gremien vertreten.

Das Engagement der IG CPK in der europäischen Gewerkschaftskooperation

Neben der Mitarbeit in den von Gewerkschaften zu besetzenden Ämtern in den offiziellen Gremien der EG sahen beide Industriegewerkschaften in der europäischen Zusammenarbeit nationaler Gewerkschaften eine weitere europapolitische Plattform. Doch auch hier unterschieden sich die konkreten Strategien der beiden Gewerkschaften beträchtlich.

Die IG CPK engagierte sich vor allem im Rahmen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG). Die IBFG-Vertreter der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften diskutierten die europa-spezifischen Probleme der Gewerkschaften bei ihrer ersten Generalversammlung am 16. Januar 1958 und gründeten in der zweiten Generalversammlung im November desselben Jahres den so genannten „Exekutivausschuss der europäischen Gewerkschaften“ als deren Spitzenorgan. Als dessen stellvertretender Vorsitzender wurde das IG CPK-Mitglied Willi Richter gewählt. Dieser Ausschuss erhielt drei Unterausschüsse: Den Montanausschuss, den Ausschuss Gemeinsamer Markt und den Euratom-Ausschuss. Die IG CPK schätzte die Bedeutung der Ausschüsse „Gemeinsamer Markt“ und „Euratom“ für die Bewältigung ihrer Aufgaben als besonders hoch ein und entsandte in diese Gremien ihre Vertreter.²² Den Vorsitz nach der ersten Konstituierung des Ausschusses „Gemeinsamer Markt“ übernahm Ludwig Rosenberg, als IG CPK-Vertreter wirkten Gefeller – WSA-Mitglied – und Ludwig Müller – Vorsitzender des Koordinierungsausschusses EWG der IG CPK-Berufs-Internationalen, der Internationalen Föderation von Industriegewerkschaften und Fabrikarbeiterverbänden – mit. Im Rahmen der IBFG wurde auch das Europäische Gewerkschaftssekretariat in Brüssel geschaffen, welches die Koordinierung der europäischen Gewerkschaftsarbeit und die Erledigung der Sekretariatsarbeiten der einzelnen Ausschüsse übernehmen sowie als ständige Verbindung zu den europäischen Behörden fungieren sollte.

Die IG CPK reagierte aber auch in ihrer eigenen Organisationsstruktur auf die Herausforderungen der europäischen Integration: In der Hauptverwaltung in Hannover richtete die Gewerkschaft ein „EWG-Büro“ ein, mit dessen Leitung am 1. Juni 1958 Agnes Kloss durch den Hauptvorstand beauftragt wurde.²³ Die Aufgabe dieses Büros bestand hauptsächlich aus der Koordinierung der verschiedenen Mitwirkungsbereiche der IG CPK innerhalb der neuen Gemeinschaften und deren Gremien: Expertenausschüsse der Kommissionen, ad-hoc Ausschüsse der europäischen Gewerkschaften und WSA. Es stellte aber auch ein

22 IG CPK Geschäftsbericht 59, S. 44.

23 IG CPK Geschäftsbericht 59, S. 47.

Forum dar, in der Chemie- und Fabrikarbeitergewerkschaften anderer EWG-Mitgliedsländer ihre Europapolitik austauschen konnten. Dennoch finanzierte die IG CPK das Büro fast ausschließlich allein.²⁴

Daneben koordinierte das EWG-Büro auch die Mitarbeit der IG CPK in den EWG-Ausschüssen der Berufsinternationalen, der Internationalen Föderation von Industriegewerkschaften und Fabrikarbeiterverbänden sowie dem Internationalen Verband der Petroleumarbeiter. Die Aufgaben dieser Ausschüsse bestanden hauptsächlich aus der Bewältigung der sich aus der EWG-Gründung ergebenden Probleme für den Betreuungsbereich der IG CPK sowie der Koordinierung der Gewerkschaftspolitik mit anderen Gewerkschaften des gleichen Betreuungsbereiches.²⁵ Weiterhin bemühten sich die Ausschüsse um eine Auseinandersetzung mit den Arbeitsbedingungen in den jeweiligen Branchen.²⁶ Übergreifend wurde in diesem Rahmen am 21. Juni 1958 in Straßburg der „Koordinierungsausschuss Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der Internationalen Föderation von Industriegewerkschaften und Fabrikarbeiterverbänden“ gegründet.²⁷ Wenige Monate nach der Gründung fusionierte das EWG-Büro der IG CPK mit dem Koordinierungsausschuss. Das Sekretariat des Koordinierungsausschusses wurde dementsprechend auch in der IG CPK-Hauptverwaltung in Hannover untergebracht, bis in die 1980er Jahre stand ihm die IG CPK-Sekretärin Agnes Kloss vor.²⁸ Ebenso trug die IG CPK damit den Großteil der Kosten für Sitzungen, Personal und Logistik. Der Koordinierungsausschuss hatte die Aufgabe, Verbindung mit den Europa-Organen der Gewerkschaftszentralen, den „Brudergewerkschaften“ in den übrigen Ländern der Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) und der Internationalen Föderation zu halten, als Informationsaustauschzentrale zu EWG-Fragen zu fungieren sowie die Arbeiten der Industrieausschüsse zu koordinieren und Treffen zu organisieren. Der Ausschuss bestand aus sechs Mitgliedern, deren deutscher Vertreter Ludwig Müller war. Auch hier wurden Unterausschüsse (Chemie, Kautschuk, Papier, Keramik, Glas) gebildet, in die Vertreter der IG CPK entsendet wurden. Die Industrieausschüsse konstituierten sich am 2. Dezember 1958 in Luxemburg, wobei die IG CPK-Vertreter der Ausschüsse Chemie und Keramik zu deren Vorsitzenden gewählt wurden.

Die genannten Gremien und die damit implizierten Arbeitsplattformen entstanden alle im Jahr 1958, so dass die IG CPK zum 1. Januar 1959 arbeitsfähige Gremien im Rahmen der Römischen Verträge installiert hatte. Insofern hatte die Gewerkschaft den europäischen Zeitplan zur Verankerung ihrer Mitarbeit in Brüssel zweifellos eingehalten. An dieser Stelle gilt es anzumerken, dass während der Sitzung der Exekutive der Internationalen Föderation von Industriegewerkschaften und Fabrikarbeiterverbänden Ende Mai 1958 die Rolle der Internationalen Berufssekretariate diskutiert wurde. Es wurde kritisch angemerkt, dass die

24 Gespräch mit Hermann Rappe am 26. Februar 2001 in der IG BCE Hauptverwaltung in Hannover.

25 IG CPK Geschäftsbericht 59, S. 47.

26 IG CPK-Archiv, IG Chemie HV, Ordner Ludwig Müller: Internationale Föderation. Schriftwechsel und Rundschreiben vom 1.8.1958 bis 31.7.1960.

27 IG CPK Geschäftsbericht 59, S. 47.

28 Agnes Kloss: Über alle Grenzen. Die internationale Tätigkeit der IG CPK, in: Die Umschau. Zeitschrift für Funktionäre der IG CPK 5 (1975), S. 19.

Berufssekretariate in keinem der bisher gebildeten Organe mit einbezogen worden waren. Kritisiert wurden damit die gewerkschaftlichen Landeszentralen, die im Rahmen der Debatten um neue europäische Gewerkschaftsstrukturen die entsprechenden Beschlüsse gefasst hatten. Die Vertreter der Internationalen Berufssekretariate wurden ausschließlich zu den Tagungen der Allgemeinen Versammlung der Gewerkschaften der sechs Mitgliedsländer der EWG als Beobachter zugelassen.²⁹ Hier scheint erstmals der über die gesamte Zeitphase der 1960er und 1970er Jahre anhaltende Konflikt über die Rolle der Internationalen Berufssekretariate in den europäischen Gewerkschaftsorganen auf.

Gegen Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre veränderte sich die Situation in der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb Europas. Während des 8. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG CPK in Wiesbaden 1969 forderten die Delegierten den Hauptvorstand ihrer Gewerkschaft auf, die Kontakte innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung zu vertiefen. Hier wurde insbesondere Bezug auf die kommunistischen Gewerkschaften Frankreichs und Italiens genommen.³⁰ Im schriftlichen Geschäftsbericht für die Jahre 1969 bis 1971 zum 9. Ordentlichen Gewerkschaftstag berichtete die IG CPK jedoch, dass die Gespräche aufgrund mangelnder Bereitschaft der kommunistischen Gewerkschaften nicht zustande gekommen waren.³¹ Es fand aber im April des Jahres 1970 in Luxemburg unter der Schirmherrschaft des belgischen Arbeitsministers Louis Major eine europäische Konferenz über Arbeitsmarktfragen statt. Teilnehmer dieser Konferenz waren die Arbeitsminister der EG-Mitgliedsländer sowie Vertreter der europäischen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen. Aus Sicht der IG CPK war nicht nur die freimütige und intensive Befassung mit allen, den europäischen Arbeitsmarkt betreffenden Fragen und Problemen bemerkenswert, sondern auch, dass neben Vertretern der EBF- und WVA-Gewerkschaften (Weltverband der Arbeit) erstmals auch Vertreter der kommunistischen Gewerkschaften beteiligt waren.³² Die IG CPK konstatierte in ihrem Bericht über die Problematik der Zusammenarbeit der politisch unterschiedlich ausgerichteten Gewerkschaftsbünde in Europa, dass innerhalb des EBF noch keine einheitliche Auffassung über zukünftige gemeinsame Arbeitsstrukturen gefunden worden sei. Als positives Beispiel für gemeinsame Aktionen zitierte die IG CPK in der Funktionärspresse die gemeinsame Entschließung der europäischen Brauereigewerkschaften der freien, der christlichen und der kommunistischen Gewerkschaftsbünde bezüglich der Arbeitsstrukturen der Branche. Dieses Beispiel konnte nach IG CPK-Auffassung durchaus als Prüfstein für die Arbeit der europäischen Industrieausschüsse gelten.

29 IG CPK-Archiv, IG Chemie HV, ICF-Akten, Protokoll der ICF-Sitzung, Anhang Nr. III, Brüssel, 29./30. Mai 1958.

30 Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des 8. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik vom 31. August bis 6. September 1969 in Wiesbaden, Hannover 1969, Anhang Antrag Nr. 42.

31 IG CPK Geschäftsbericht 72, S. 10 f.

32 Vgl. Werner Velten: Europäische Gewerkschaften am Wendepunkt, in: Umschau. Zeitschrift für Funktionäre der IG CPK 7 (1970), S. 113.

In diesem Zusammenhang wurde auch die aufgrund zunehmender Kapitalverflechtung in der europäischen Wirtschaft dringlicher werdende Zusammenarbeit der Gewerkschaften angesprochen. Die mit der zunehmenden Integration des Gemeinsamen Marktes einhergehende Konzentration und Stärkung des Kapitals erzwang eine größere Solidarität und die nationalen Grenzen überschreitende Selbstverteidigung der Gewerkschaften.³³ Hier wurde in der IG CPK-Funktionärspresse eindeutig auf die hervorragende Rolle der gewerkschaftlichen Industrieausschüsse hingewiesen. In diesem Zusammenhang wurden die Aktivitäten des europäischen Metallausschusses beschrieben, welcher 1969 – während des Streikes in den Ford-Werken im belgischen Genk – durch Information und rechtzeitige Aufklärung der Betriebsräte in Genk und Köln unbeabsichtigte streikbrecherische Tätigkeiten der deutschen Belegschaft verhindern konnte. Hier vertrat die IG CPK die Auffassung, dass den Industrieausschüssen in den Auseinandersetzungen mit den europäischen Arbeitgebern eine größere Bedeutung zukam als der transnationalen Kooperation der nationalen Gewerkschaftsdachverbände. Diese Bewertung führte dazu, dass die Arbeit des europäischen Industrieausschusses der Fabrikarbeiter für die IG CPK an Bedeutung gewann. So beschloss der Geschäftsführende Hauptvorstand, weiterhin das Sekretariat des Koordinationsausschusses in den Gebäuden der Hauptverwaltung zu belassen und beauftragte den Vorsitzenden Hauenschild mit der Durchführung der Angelegenheit.³⁴ Ebenfalls entschied der Geschäftsführende Hauptvorstand in der Sitzung vom 18. Januar 1972, zukünftig ausführlich über die Aktivierung der europäischen Gewerkschaftsarbeit zu reden.³⁵

In den frühen 1970er Jahren erhielten die Diskussionen um eine neue europäische Gewerkschaftsstruktur eine weitere Dimension: Die Norderweiterung der EG und die zukünftigen Aufnahmen weiterer beitrittswilliger Länder forderten aus Sicht der Gewerkschaften eine neue Verbandsstruktur. Dies hatte sich bereits 1969 in der Umbenennung des Europäischen Gewerkschaftssekretariats niedergeschlagen, dessen stark administrativ klingender Name nun durch die Selbstbezeichnung Europäischer Bund Freier Gewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft (EBFG) ersetzt wurde. Im Rahmen des IBFG setzte sich diese Debatte auch Anfang der 1970er Jahre fort und mündete in einer gemeinsamen Tagung am 6. Juni 1972 in dem Beschluss, bis spätestens Ende des Jahres einen neuen europäischen Gewerkschaftsbund zu gründen, in dem neben den Organisationen des EBFG auch die IBFG-Mitgliedsorganisationen der EFTA-Länder und anderer potenzieller EG-Mitgliedsländer vertreten sein sollten.³⁶ Für die IG CPK schien die Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zumindest bis Ende 1974 nicht von größerer Bedeutung zu sein, weder in der Funktionärspresse noch in der Berichterstattung der Kongresse wurde der neue Bund explizit beschrieben. Dies schlug sich auch in der konkreten transnationalen Arbeit der IG CPK nieder. Die IG CPK hatte in der Zeit von der Gründung der EWG bis

33 Vgl. ebd..

34 IG CPK-Archiv, Protokoll des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG CPK vom 15. Mai 1972.

35 IG CPK-Archiv, Protokoll des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG CPK vom 18. Januar 1972.

36 Thomas Barry-Braunthal: Offene und verborgene Probleme, in: Umschau Zeitschrift für Funktionäre der IG CPK 3 (1972), S. 10.

zur Gründung des EGB durch intensive informelle Kontakte und teilweise personelle Beteiligung in der europäischen Gewerkschaftsarbeit mit dem Europäischen Gewerkschaftssekretariat zusammengearbeitet. Nach Aussagen von Agnes Kloss hatte die IG CPK beschlossen, auf pragmatischer Ebene mit dem EGB zusammenzuarbeiten, jedoch aus Gründen, welche mit der Satzung des EGB zusammenhingen, nicht dem europäischen Dachverband beizutreten. Hierbei bezog sich die Kritik der IG CPK in erster Linie auf die Rolle der Industrieausschüsse im EGB. Zwar waren diese berechtigt, ihre Vertreter zu den Sitzungen des EGB-Exekutiv Ausschusses zu entsenden, ein Stimmrecht war in der Satzung des europäischen Dachverbandes jedoch nicht vorgesehen. Wie bereits erwähnt, waren die Industrieausschüsse aus Sicht der IG CPK wichtige Foren zur Entwicklung europäischer Branchengewerkschaftspolitik und es war somit nicht akzeptabel, ihren Status auf den von nichtstimmberechtigten Zuhörern zu reduzieren. Da die Mitgliedschaft auch finanzielle Beteiligung erforderte, beschloss die IG CPK im Rahmen ihrer Tätigkeiten im europäischen Industrieausschuss Chemie, auf eine Mitgliedschaft vorerst zu verzichten, bis die Situation der Industrieausschüsse im EGB erneut diskutiert und verändert würde.³⁷

Eine mögliche weitere Begründung für die Tatsache, dass die IG CPK keinen Mitgliedsantrag an den EGB stellte, kann in der Entscheidungskompetenz des EGB liegen, welcher den Industrieausschüssen erst den Status als Gewerkschaftsausschuss zuerkennen musste.³⁸ Dies war unter anderem davon abhängig, wie der Industrieausschuss sein Verhältnis zur Mitgliedschaft von Gewerkschaften aus europäischen Ländern außerhalb der Gemeinschaften sowie von Gewerkschaften aus der christlichen Tradition definierte. In diesem Zusammenhang stellte die Aufnahme sowohl der christlichen als auch der kommunistischen Gewerkschaften aus Sicht der IG CPK das wohl größere Problem dar. Hierbei war vor allem das Verhältnis der deutschen Chemiegewerkschaft zu den christlichen Gewerkschaften ausschlaggebend.³⁹ Insgesamt erschienen der IG CPK bei einer Aufnahme „ihres“ Industrieausschusses in den EGB die Nachteile zu überwiegen. Erst Mitte der 1980er Jahre wurde die Nachfolgeorganisation des Koordinierungsausschusses, die Europäische Föderation der Chemiegewerkschaften (EFCG), in den EGB integriert.⁴⁰

Die europapolitischen Zielsetzungen der IG CPK von der Mitte bis zum Ende der 1970er Jahre waren weitgehend identisch mit den politischen Zielvorstellungen der Gewerkschaft in der ersten Hälfte des Jahrzehnts. Nach Auffassung der IG CPK befand sich die Bundesrepublik Deutschland nach der durch den Ölpreisschock 1974 ausgelösten Weltwirtschaftskrise in einer bezüglich der Europäischen Staatengemeinschaft relativ guten Position. Dies wurde vom Vorsitzenden Karl Hauenschild während seines Grundsatzreferates auf dem 10.

37 Gespräch mit Agnes Kloss am 5. April 2000 in Hannover.

38 Ingrid Stöckl: Gewerkschaftsausschüsse in der EG: Die Entwicklung der transnationalen Organisation und Strategie der europäischen Fachgewerkschaften und ihre Möglichkeiten zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Kehrl/Straßburg 1986, S. 125 f.

39 Gespräch mit Hermann Rappe am 26. Februar 2001 in der IG BCE-Hauptverwaltung in Hannover.

40 Gespräch mit Hermann Rappe am 26. Februar 2001 in der IG BCE-Hauptverwaltung in Hannover.

Ordentlichen Gewerkschaftstag am 22. September 1976 betont.⁴¹ So konzentrierten sich die europäischen Aktivitäten der IG CPK auch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre auf die gleichen Themengebiete wie in den Vorjahren. Im schriftlichen Geschäftsbericht für die Jahre 1976 bis 1979 erhielt der Themenkomplex Europa erstmals seit Amtsantritt von Hauen-schild wieder ein eigenes Kapitel.⁴² Offensichtlich hatten die geplanten Maßnahmen der Einführung des Europäischen Währungssystems und der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament das Thema europäische Integration in der IG CPK deutlich aufgewertet. In erster Linie beschäftigte sich die deutsche Chemiegewerkschaft mit den aktuellen und zukünftig geplanten internationalen und europäischen Verflechtungen der Gewerkschaftsbewegung, mit den Entwicklungen multinationaler Konzerne bzw. der Europäischen Aktiengesellschaft und den Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerschaft auf dieser Ebene sowie den Ende der 1970er Jahre bevorstehenden ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament.

Das Engagement der IG Metall in der europäischen Gewerkschaftskooperation

Auch die IG Metall engagierte sich in der Kooperation nationaler Gewerkschaften in Europa im Rahmen des IBFG. Wie die IG CPK unterstützte auch die IG Metall die Gründung des Europäischen Gewerkschaftssekretariats. Ihr Vorsitzender Otto Brenner wurde in dessen Exekutivausschuss entsandt.⁴³ Vor allem in die Generalversammlungen des Europäischen Gewerkschaftssekretariats brachte die deutsche Metallgewerkschaft ihre gewerkschaftlichen Forderungen an das neue Europa ein. Im Rahmen der zweiten Generalversammlung im November 1959 in Luxemburg wurde die bisherige Entwicklung der EWG kritisch diskutiert. Von den beteiligten Gewerkschaften wurde die Anregung an die Kommission und die nationalen Parlamente formuliert, die Vertragsdurchführung zu forcieren. Das Europäische Gewerkschaftssekretariat empfahl in diesem Zusammenhang den Mitgliedern des Exekutiv-ausschusses, das Vorhaben der Kommission, die europäische Integration zu beschleunigen, zu unterstützen.⁴⁴ Die IG Metall berichtete in ihrem schriftlichen Geschäftsbericht für den Gewerkschaftstag 1960, dass die Vorstellungen der europäischen Gewerkschaften von den Adressaten schon berücksichtigt worden seien.⁴⁵

41 Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des 10. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik vom 19. bis 25. September 1976 in Hamburg, Hannover 1976, S. 322.

42 Hauptvorstand der IG CPK (Hg.): Geschäftsbericht 1976–1979 zum 11. Ordentlichen Gewerkschaftstag in Mannheim vom 7. bis 13. September 1980, Hannover 1980, S. 25 (im Folgenden: IG CPK Geschäftsbericht 80).

43 IG Metall Protokoll 65, S. 52.

44 Diese Idee, die Integration zu beschleunigen, basierte auf dem so genannten Hallstein-Plan, benannt nach dem zu dieser Zeit amtierenden Präsidenten der Kommission, Walter Hallstein, der in der jungen Entwicklung von EWG und Euratom das Potential zur Beschleunigung sah. Vgl. zu Hallstein Wilfried Loth: Walter Hallstein – der vergessene Europäer?, Bonn 1995.

45 IG Metall Geschäftsbericht 60, S. 56.

Während der 3. Generalversammlung vom 11. bis 13. Januar 1962 in Brüssel, konnte eine einstimmige Entschließung zur Sozialpolitik der Gemeinschaft mit der selbstgestellten Aufgabe zur verstärkten gegenseitigen Information und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Tarifpolitik verabschiedet werden.⁴⁶ Diese gemeinsame Erklärung hatte die Absicht, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Gemeinschaft zu fördern – ein Aspekt, der zwar Ziel des EWG-Vertrags war, jedoch aus Sicht der Gewerkschaften nicht ausreichend berücksichtigt wurde. In der Erklärung waren konkrete gewerkschaftliche Forderungen bezüglich Vollbeschäftigung, Löhnen, Arbeitszeiten, sozialer Sicherung und Besteuerung festgeschrieben.⁴⁷

Während der 4. Generalversammlung der Freien Gewerkschaften der EWG-Länder im März 1964 in Paris lag der inhaltliche Schwerpunkt auf dem Neuentwurf der demokratischen Gremien der Gemeinschaften. So wurden hier eine gleichberechtigte Mitbestimmungsstruktur der Arbeitnehmer sowie eine Stärkung des Europäischen Parlaments gefordert.⁴⁸ Ein weiteres wichtiges Ergebnis dieser Versammlung war der Beschluss zur vertieften Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften. Hierzu wurden vom Exekutivausschuss im Anschluss an den Kongress Beschlüsse zur ständigen tarifpolitischen Zusammenarbeit, zur Bildung eines gemeinsamen Fonds zur Stärkung der Gewerkschaftsorganisationen und für die Aufstellung eines gemeinsamen europäischen Aktionsprogramms gefasst.

Neben den Generalversammlungen engagierte sich die IG Metall innerhalb des IBFG im neugegründeten Europäischen Ausschuss der Freien Metallgewerkschaften der EWG-Länder, dessen Sekretariat die Arbeit im November 1963 in Brüssel aufnahm.⁴⁹ Hier wurde ein direkter Kontakt zwischen den europäischen Metallgewerkschaften und den Institutionen der Gemeinschaft hergestellt. Der Schwerpunkt dieser Arbeit wurde auf die Einzelprobleme der Metallwirtschaft gelegt.⁵⁰ Bei der Gründung des Metallausschusses wurden von den sieben beteiligten Gewerkschaften folgende Aufgabenschwerpunkte definiert, die auch für die weitere Tätigkeit des Ausschusses Gültigkeit hatten:

- die Zusammenarbeit und Koordinierung der Gewerkschaften
- die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen in der europäischen Gemeinschaftspolitik
- Gespräche, Beratungen, Verhandlungen mit Unternehmerorganisationen und zentralen Direktionen von multinationalen Unternehmen in der EWG⁵¹
- Diese Aktionsfelder, das Europäische Gewerkschaftssekretariat sowie die Tätigkeiten im Metallausschuss, bildeten die Hauptplattformen transnationaler Gewerkschaftskooperation, in denen die IG Metall sich in den 1960er Jahren einbrachte.⁵²

46 IG Metall Geschäftsbericht 62, S. 56.

47 K.H. Friedrichs: Die Gewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft, in: Der Gewerkschafter. Zeitschrift für Funktionäre der IG Metall 2/3 (1962), S. 4f.

48 IG Metall Geschäftsbericht 65, S. 54.

49 IG Metall Geschäftsbericht 65, S. 52.

50 IG Metall Geschäftsbericht 65, S. 52f.

51 Stöckl: Gewerkschaftsausschüsse, S. 107.

52 Hauptvorstand der IG Metall (Hg.): Geschäftsbericht 1968 bis 1970 des Vorstandes der Industriergewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 1971, S. 25 (im Folgenden:

Dementsprechend engagierte sich die IG Metall stark in der Umgestaltung des Europäischen Gewerkschaftssekretariats in den Europäischen Bund Freier Gewerkschaften 1969. Die EBFG-Statutvorlage, die während der 6. Generalversammlung des Europäischen Gewerkschaftssekretariats vom 23. bis 25. April 1969 in Den Haag angenommen wurde, war vom Exekutivausschuss unter dem Vorsitz des IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner entwickelt worden. Sie sah folgende Sitzverteilung für die Generalversammlung vor: 19 Mandate für den DGB, sieben für den Gewerkschaftsausschuss Metall, drei für den Gewerkschaftsausschuss Chemie und sieben für den Montan Ausschuss.⁵³ Ebenso berücksichtigte die Vorlage die Einbindung nationaler Gewerkschaftsbünde und der Industrieausschüsse: Beim EBFG handelte es sich so um die Vereinigung der Freien Gewerkschaftsbünde der sechs Mitgliedsländer der EG, jedoch sah das Statut eine enge Verbindung mit den europäischen Gewerkschaftsausschüssen der Industriegewerkschaften vor, deren Vertreter mit beratender Stimme an den Sitzungen des Exekutivausschusses des EBFG teilnehmen konnten. Außerdem stellten die Gewerkschaftsausschüsse einen Großteil der Delegierten der EBFG-Kongresse, welche sich in dreijährigem Abstand versammeln und den Exekutivausschuss, den Vorsitzenden sowie den Generalsekretär des Bundes wählen sollten. Der erste Vorsitzende der IG Metall Otto Brenner betonte die Bedeutung des EBFG explizit in seinem Bericht über die Aktivitäten des Vorstandes während des 10. Ordentlichen Gewerkschaftstages der deutschen Metallgewerkschaft Ende September bis Anfang Oktober 1971 in Wiesbaden.⁵⁴

Die Stärkung der gewerkschaftlichen Strukturen in Europa wurde zu Beginn der 1970er Jahre im Bereich des Metall Ausschusses vorangetrieben. So beschlossen die Freien Gewerkschaften der EG auf der Sitzung des Metall Ausschusses am 10. Februar 1971 die Gründung eines Europäischen Metallgewerkschaftsbundes.⁵⁵ Die Delegierten von acht Metallgewerkschaften aus den sechs Mitgliedstaaten der Gemeinschaft begründeten schließlich auf einer Sitzung in Brüssel am 29. und 30. Juni 1971 offiziell den Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB), der den Metall Ausschuss ersetzte.⁵⁶ Mit der Gründung wurden vier Gremien installiert: Die Generalversammlung, der Exekutiv Ausschuss, das Sekretariat und die Rechnungsprüfungskommission. Finanziert wurde der EMB durch Beiträge der Mitglieds gewerkschaften, die wiederum von der Anzahl der organisierten Arbeitnehmer abhängig war. In den 1970er Jahre entwickelte sich der EMB zum mitgliederstärksten und bestorganisierten Gewerkschaftsbund in Europa, der mit seiner inneren Struktur die Gründung des Euro-

IG Metall Geschäftsbericht 71).

53 IG Metall-Archiv, Bestand 1-1, 1261 b.

54 Hauptvorstand der IG Metall (Hg.): Protokoll 10. Ordentlicher Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. Rhein-Main-Halle, Wiesbaden, 27. September bis 2. Oktober 1971. Frankfurt am Main 1972, S. 61.

55 IG Metall Geschäftsbericht 71, S. 80.

56 Hauptvorstand der IG Metall (Hg.): Geschäftsbericht 1971 bis 1973 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1974, S. 38 (im Folgenden: IG Metall Geschäftsbericht 74).

päischen Gewerkschaftsbundes zwei Jahre später bereits vorweg nahm. Folgerichtig wurde der EMB noch 1973 Mitglied des EGB.⁵⁷

Der EMB war aus Sicht der IG Metall die gewerkschaftliche Reaktion auf die zunehmenden Probleme, die aus dem Wachstum der grenzüberschreitenden Konzerne und der fortschreitenden Kapitalkonzentration für die Arbeitnehmer der europäischen Metallindustrie erwachsen. Die Ziele des Bundes wurden in der Entschließung der Generalversammlung der Europäischen Metallgewerkschaften formuliert und bezogen sich – neben der Festigung der gemeinsamen Strukturen dieser Metallgewerkschaften – auf das Bestreben, die kapitalistische Gesellschaftsordnung insofern zu verändern, dass durch Stärkung des Einflusses der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen der wirtschaftliche und soziale Fortschritt in Europa gefördert wird.⁵⁸ Weiterhin befürwortete der EMB den Beitritt demokratischer Länder zur Europäischen Gemeinschaft, widersprach allerdings energisch dem Beitritt von Staaten, die unter der Herrschaft von diktatorischen Systemen standen – die Länder Spanien, Portugal und Griechenland wurden konkret auch genannt. Zum Generalsekretär des EMB wurde der Belgier Gustave Wallaert ernannt, Sekretär wurde Günter Köpke aus den Reihen der IG Metall. In den Exekutivausschuss des Bundes wurde der erste Vorsitzende der IG Metall Eugen Loderer gewählt, welcher nach dem Tode Otto Brenners dessen Vorsitzfunktion in der IG Metall übernommen hatte. Weiterhin wurden der zweite Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr sowie die Vorstandsmitglieder Georg Benz und Rudolf Judith in den Exekutivausschuss gewählt.⁵⁹ Die besondere Aufgabe des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes wurde von Otto Brenner während des 10. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall 1971 in Wiesbaden betont. Er wertete die Gründung des neuen Bundes als Verbesserung der Organisationsstruktur der Europäischen Metallgewerkschaften, sah hierin aber auch eine Erweiterung der gewerkschaftlichen Aufgabenbereiche.⁶⁰

Im Rahmen der internationalen Beziehungen der IG Metall entwickelte sich der EMB zu einer der wichtigsten Ebenen ihrer europäischen Politik. So war die deutsche Metallgewerkschaft auch nach der EMB-Generalversammlung im Oktober 1974 hochrangig in Präsidium und Exekutivausschuss vertreten. Der erste Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, übernahm die Funktion des Vizepräsidenten des EMB, während er gleichzeitig im Exekutivausschuss des Bundes vertreten war. Hier waren neben dem ersten Vorsitzenden der IG Metall auch die Vorstandsmitglieder Hans Mayr, Georg Benz und Rudolf Judith repräsentiert.⁶¹

In erster Linie beteiligte sich die IG Metall im Rahmen von Konsultationen der Europäischen Kommission an den Arbeiten des EMB. Nach Einschätzung im schriftlichen Geschäftsbericht für die Jahre 1974 bis 1976 erwiesen sich die Konsultationen als wichtiges Instrument gegenseitiger Information und Beratung. Diese bezogen sich meist auf Problem-

57 Stöckl: Gewerkschaftsausschüsse, S. 127.

58 IG Metall Geschäftsbericht 74.

59 IG Metall Geschäftsbericht 74, S. 39.

60 IG Metall Protokoll 71, S. 61, siehe auch ausführlich bei Stöckl: Gewerkschaftsausschüsse, S. 112 ff.

61 Hauptvorstand der IG Metall (Hg.): Geschäftsbericht 1974 bis 1976 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 1977, S. 47 (im Folgenden: IG Metall Geschäftsbericht 77).

bereiche in Branchen, in denen ein besonderes europäisches Anliegen politisch zu artikulieren war. So wurde beispielsweise während der Konsultationen zu hochtechnischen Bereichen wie der Computerbranche oder der Luft- und Raumfahrtindustrie diskutiert, wie eine langfristig tragfähige industrielle europäische Basis und damit sichere Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, vor allem im Hinblick auf die zeitgenössisch übermächtig wirkende Konkurrenz aus den USA.⁶²

Eine weitere Problemstellung beschäftigte die IG Metall auch im Rahmen ihrer Tätigkeiten im EMB besonders: Die Frage nach den Aktivitäten multinational agierender Unternehmen. Dies war insbesondere deshalb von Interesse, weil die Diskussionen um eine gewerkschaftliche Vertretung im europäischen Konzern- und Gesellschaftsrecht sowie in der Mitbestimmung in europäischen Gesellschaften noch zu keinem Ergebnis geführt hatten. Zwar waren die meisten Unternehmen auch außerhalb der Europäischen Gemeinschaften aktiv, dennoch erschien der IG Metall der Austausch von Informationen auf europäischer Ebene im EMB durchaus sinnvoll. Hier wurde jedoch seitens der IG Metall betont, dass die Veranstaltungen im Rahmen des EMB zu diesen Themen immer in Absprache mit dem Internationalen Metallarbeiter Bund (IMB) durchgeführt wurden. Damit sollte eine einseitige europäische Perspektive vermieden werden. Die IG Metall war im letzten Viertel der 1970er Jahre auch direkt als Mitgestalter von Verhandlungen bezüglich multinationaler Konzerne aktiv. So gestaltete die deutsche Metallgewerkschaft Sitzungen mit betrieblich qualifizierten Mitarbeitern des Philips-Konzerns, um im Rahmen des EMB gegenüber der Europäischen Kommission die beschäftigungspolitischen Initiativen des Europäischen Gewerkschaftsbundes als repräsentativer Gesprächspartner vertreten zu können.⁶³

Zusammenfassende Betrachtung

Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass die beiden hier eingehender beschriebenen Industriegewerkschaften IG Metall und IG CPK über den gesamten Zeitraum der 1960er und 1970er Jahre in die Europapolitik involviert waren und auf verschiedenen Ebenen europapolitische Strategien entwickelten. Hier sind einerseits die durch die Verträge der Europäischen Gemeinschaften EGKS, EWG und Euratom begründeten Gremien zu nennen. Andererseits entwickelten die Arbeitnehmerverbände Zusammenschlüsse mit anderen Gewerkschaften aus den Mitgliedstaaten und bildeten entsprechende Gremien und Ausschüsse, um den Informationsfluss zu gewährleisten und Absprachen zu treffen.

Das Engagement der beiden Industriegewerkschaften indes war nicht gleich stark. Bedingt durch die Bedeutung der EGKS war die IG Metall wesentlich früher in die europäische Politik involviert und konnte in einem Rahmen weiter reichender Mitwirkungsrechte agieren als die IG CPK. Unterschiedlich war auch die Beteiligung an der transnationalen Gewerkschaftskooperation der beiden Industriegewerkschaften. Die IG Metall war Mitbe-

62 IG Metall Geschäftsbericht 77, S. 48.

63 Hauptvorstand der IG Metall (Hg.): Geschäftsbericht 1977 bis 1979 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 1980, S. 58.

gründerin des EMB, eines Gewerkschaftsbundes, der gewissermaßen mit seiner Satzung diejenige des später gegründeten EGB vorbestimmte. Der EMB wurde direkt nach EGB-Gründung im Europäischen Dachverband Mitglied. Die IG CPK entwickelte einen vergleichbaren Bund erst 1988 und wurde auch dann erst Mitglied des EGB. Politische Animositäten verhinderten die Akzeptanz der EGB-Satzung, welche Grundvoraussetzung für eine Mitgliedschaft im Dachverband war. Dennoch war die stark branchenbezogene Europapolitik der IG CPK nicht weniger engagiert.

Für beide Industriegewerkschaften galt, dass der DGB als nationaler Dachverband zwar über die Verträge der Gemeinschaften die Ämter in den Gremien und Ausschüssen wie vereinbart besetzte, ansonsten jedoch für die Europapolitik von IG Metall und IG CPK keine nennenswerte Bedeutung hatte.

Weiterhin ist zu erwähnen, dass die untersuchten deutschen Industriegewerkschaften in ihren gewerkschaftlichen Bündeln auf europäischer Ebene die Politik maßgeblich bestimmten und finanzierten. Auch auf der Ebene der europäischen Vertragswerke waren die deutschen Gewerkschaften diejenigen, die konstantes Engagement zeigten. Hierbei liegt der Schluss nahe, dass die korporatistischen Strukturen innerhalb des Systems der Industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland eine wesentliche Grundlage für diesen Prozess waren.

Abschließend ist zu konstatieren, dass die deutschen Gewerkschaften stets hochrangig in den Gremien der Europäischen Gemeinschaften vertreten waren und über diese Ebene auch ihre Vorstellungen in die Europapolitik einbrachten. Auch wenn der Grad der Einflussnahme, bedingt durch die Mitwirkungsstrukturen auf europäischer Ebene, nicht sonderlich groß war, kann doch geschlossen werden, dass in gewissem Rahmen gewerkschaftliche Vorstellungen eingebracht werden konnten. Daraus ist zu schließen, dass sich die Gewerkschaften in den Prozess der europäischen Integration einbrachten und diese, zumindest in kleinem Rahmen, mitprägten.

Letztendlich kann so auf die Frage rekurriert werden, worin die Begründung für den zwar vorhandenen, aber im Vergleich zu Deutschland geringen Einflussgrad der Gewerkschaften auf der europäischen Ebene lag. Es muss festgehalten werden, dass sich ein System Industrieller Beziehungen wie es in der Bundesrepublik Deutschland existiert, auf europäischer Ebene nicht herausbilden konnte. Dies ist bis in die Gegenwart der Fall, auch wenn durch die Einführung der Euro-Betriebsräte ein Schritt in diese Richtung getan wurde. Bedingt durch die rechtlich fundamentierte Ausdehnung des nationalen Wirtschaftsraums auf internationaler Ebene dehnte sich das Wirtschaftssystem aus. Das so ausdifferenzierte System der Wirtschaft mit seinen darin involvierten Akteuren erforderte die Ausbildung neuer Kommunikationsmuster zur Gewährleistung seiner Funktion. Wie bei der Ausbildung der Industriellen Beziehungen in Deutschland fordert dieser Vorgang ein gewisses Maß an Zeit. Bis zum Ende der 1970er Jahre konnte sich kein System Industrieller Beziehungen auf europäischer Ebene herausbilden. Dennoch war seit Bestehen der EWG bis Ende der 1970er Jahre genau diese Entwicklung zu beobachten. Auch danach setzte sich dieser Prozess fort. Für die Zukunft zu prognostizieren, in welcher Weise sich das System letztendlich entwickeln wird, ist schwer möglich. Jedoch bedeutet die Beobachtung deut-

scher industriegewerkschaftlicher Europapolitik und deren Umsetzung zugleich auch eine Beobachtung der Entwicklung des Systems Industrieller Beziehungen auf europäischer Ebene.